

# **Mehrsprachigkeitspolitik(en) im internationalen Vergleich**

## **EU/Deutschland, Schweiz, Indien, Südafrika**

---

*Ernest W.B. Hess-Lüttich*

### **Abstract**

*Multilingual societies are confronted with special communication challenges in all social domains: in everyday life, in institutions, in education, in the media, in politics. How do multilingual societies deal with these challenges? The following paper examines this question using four selected regions as examples: Europe, Switzerland, India and South Africa. On the basis of these multilingual societies, comparative observations and linguistic findings may allow us to derive strategies for optimizing language policy that take into account the particular regional, historical, political and religious conditions in each case.*

**Title:** *Multilingualism policies in international comparison: EU/Germany, Switzerland, India, South Africa*

**Keywords:** *Multilingualism; language policy; (language) domains in society; European language policy; multilingual societies in Switzerland, India, South Africa*

## **1. Mehrsprachigkeit und Sprachpolitik**

Monolinguale Nationalstaaten sind eher die Ausnahme als die Regel. Bei über 7000 Sprachen in ca. 200 Ländern – die Zahlen variieren je nach Quelle und Zählweise (vgl. z.B. Pereltsvaig 2017; Eberhard/Simons/Fennig 2019) – muss man schon rein statistisch von der Mehrsprachigkeit eines Landes als dem Normalfall ausgehen. Mehrsprachige Gesellschaften sehen sich gegenüber einsprachigen in allen sozialen Domänen mit besonderen kommunikativen Herausforderungen konfrontiert: im Alltag, in den Institutionen, in der Bildung, in den Medien, in der Politik. Wie gehen mehrsprachige Gesellschaften damit um? Welche Ansätze verfolgen sie, um den sich aus diesen Bedingungen ergebenden Zusatzaufwand gering zu halten und das soziale Miteinander konfliktfrei zu organisieren? Entlang welcher

Parameter lassen sich diese Ansätze miteinander vergleichen und welche versprechen gegenüber konkurrierenden Ansätzen am ehesten Erfolg? Welches Verhältnis besteht zwischen politischer Macht und sprachlicher Vielfalt? Werden Sprachkonkurrenzen politisch dazu missbraucht, soziale, ethnische, ökonomische, kulturelle Asymmetrien zu verstärken (vgl. Sarangi 2009)?

Das sind unsere Ausgangsfragen, wenn wir unseren Blick auf exemplarisch ausgewählte Regionen lenken, die in je unterschiedlicher Weise mit den kommunikativen Problemen multilingualer Sprachgemeinschaften umgehen und sie sprach- und bildungspolitisch zu lösen versuchen: Die europäische Staatengemeinschaft mit ihren 24 Amtssprachen, Deutschland mit seinen (türkischen, arabischen, sorbischen u.a.) Minderheiten, die Schweiz mit ihren vier, Südafrika mit seinen elf offiziellen Landessprachen, Westafrika mit seiner Spannungsbalance zwischen kolonialen und indigenen Verkehrssprachen, Indien mit den (außer Englisch) 22 weiteren (im Anhang acht der Verfassung aufgeführten) Amtssprachen, die nach letztem Zensus (2011) neben über 100 weiteren Sprachen in Gebrauch sind. Lassen sich aus den vergleichenden Beobachtungen und linguistischen Befunden möglicherweise sprachpolitische Optimierungsstrategien ableiten? Welchen regionalen, historischen, politischen, religiösen Sonderbedingungen ist dabei Rechnung zu tragen?

In Deutschland gilt der Erwerb des Deutschen neuerdings (d.h. nach Jahrzehntelanger Verdrängung des Problems: siehe Hess-Lüttich 1985) als Schlüssel für eine gelingende Integration fremdsprachiger Immigranten (vgl. Hess-Lüttich 2014; 2019).<sup>1</sup> Betrachtet man Immigration als Herausforderung Europas, so gerät dessen Mehrsprachigkeit unweigerlich in den Blick, denn das kulturelle Selbstverständnis der europäischen Länder als Nationalstaaten ist (anders als beispielsweise in Südostasien, wo manchmal Religionen wichtiger sind) seit dem 19. Jahrhundert wesentlich durch die Sprache begründet, auch wenn die Erwiderung der ehemaligen Integrationsbeauftragten Aydan Özoguz (SPD) auf die Leitkultur-Thesen des ehemaligen Innenministers Thomas de Maizière (CDU) im Berliner *Tagesspiegel* (vom 14.5.2017) – »Eine spezifisch deutsche Kultur ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar«<sup>2</sup> – einen wütenden Shitstorm in den Medien provozierte.

- 
- 1 Nach dem altrömischen Rechtsgrundsatz »Pronuntiatio sermonis in sexu masculino ad utrumque sexum plerumque porrigitur« (Corpus Iuris Civilis Dig. 50, 16, 195) und im Einklang mit höchstrichterlicher Rechtsprechung (s. BVG-Personenstandsgerichtsurteil 1 BvR 2019/16 v. 10.10.2017 gem. Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG und BGH-Personenbezeichnungsurteil VI ZR 143/17 v. 13.03.2018), aber auch in vager Erinnerung an dereinst gültige Regeln der deutschen Grammatik und stilistischen Form möge das generisch-inklusive Maskulinum in diesem Beitrag Personen *jedweden* Geschlechts bezeichnen.
  - 2 Online verfügbar unter: <https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/wie-nuetzlich-ist-eine-leitkultur-debatte/leitkultur-verkommt-zum-klischee-des-deutschseins.html> [Stand: 15.07.2021].

Den Terminus *Mehrsprachigkeit* oder *Multilingualismus* habe ich hier zunächst informell eingeführt und im landläufig-alltagssprachlichen Sinne gebraucht, denn auch in der Linguistik wird der Begriff keineswegs immer wohldefiniert und einheitlich verwendet (vgl. Oksaar 2003; Dembeck/Parr 2017; Eberhard/Simons/Fennig 2019). Im Sinne des gesteuerten und ungesteuerten Spracherwerbs unterscheiden wir herkömmlich zunächst zwischen der alltagsweltlich erworbenen und der institutionell vermittelten Mehrsprachigkeit (vgl. Werlen 1997). Während in vielen afrikanischen Ländern Mehrsprachigkeit eine gleichsam naturwüchsige Selbstverständlichkeit sei, meint Utta v. Gleich – »In Africa it is almost taken for granted to be multilingual and to use various local African languages plus English/French as official language« (v. Gleich 2004: 137) – sei bildungsferneren Menschen in Lateinamerika oft nur ihre Muttersprache (meist Spanisch bzw. brasilianisches Portugiesisch oder eine der indigenen Indio- und Amazonassprachen) geläufig, wobei sie die Unterschiede in der Bewertung mehrsprachiger Kompetenz in solchen der (De-)Kolonisation begründet sieht (was z.B. auch für die indische Sprachpolitik gilt, doch dazu später).

Ebenso uneinheitlich wie der Mehrsprachigkeitsbegriff wird der Terminus *Sprachpolitik* verwendet: einerseits entspricht er etwa dem englischen *language policy* und zielt auf den Schutz der Sprachen von Minderheiten, andererseits klingt darin auch *language politics* an, die nach Dominanz einer Sprache zu Lasten anderer strebt (wie im Kolonialismus oder aktuell im neuen Nationalitätsgesetz in Israel, in dem das Hebräische zur offiziellen Landessprache erklärt und die bisherige zweite Amtssprache Arabisch zu einer Nebensprache mit Sonderstatus herabgestuft wird). Von der *Sprachpolitik* (und ihren beiden Bedeutungen) ist zudem noch die *Sprachplanung* (*language planning*) zu unterscheiden, die das Sprachverhalten von Menschen aus politischen Gründen zu beeinflussen und zu steuern versucht. Alle drei Aspekte werden für den Vergleich von Mehrsprachigkeitspolitik(en) relevant.

## 2. Mehrsprachigkeitspolitik in Europa

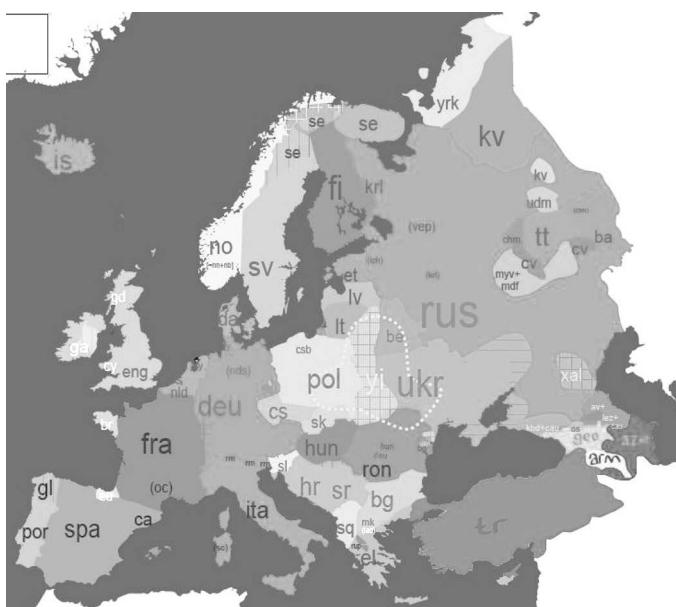
Die 24 offiziellen Sprachen der EU sind *gleichberechtigt*, aber nicht *gleichrangig*.<sup>3</sup> Alle EU-Bürger haben (gemäß § 21 des Vertrages von Maastricht) grundsätzlich das Recht, mit den EU-Institutionen in ihrer eigenen Sprache zu kommunizieren und alle offiziellen Dokumente der EU in Übersetzung anzufordern. Diese werden jedoch i.d.R. zunächst meist nur in den *Verfahrenssprachen* Englisch und Französisch

---

<sup>3</sup> Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Kroatisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch ([http://europa.eu/european-union/about-eu/eu-languages\\_de](https://europa.eu/european-union/about-eu/eu-languages_de) [27.10.2021]).

formuliert und dann je nach Bedarf übersetzt. Von den *Amtssprachen* sind die 12 *Arbeitssprachen* zu unterscheiden, während die über 60 Regionalsprachen in der Praxis der EU-Administration kaum eine Rolle spielen (Abb. 1). Offiziell mehrsprachige Länder wie Belgien (oder die Schweiz, die innerhalb des Territoriums der EU liegt, ihr aber nicht angehört) sind freilich die Ausnahme, weshalb die Sprachpolitik der EU den Fremdsprachenerwerb programmatisch fördert. Der 2007 berufene rumänische EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit Leonard Orban (nicht zu verwechseln mit dem Ministerpräsidenten Ungarns, Victor Orbán) gab das ehrgeizige Ziel vor, alle EU-Bürger sollten sich in mindestens zwei, besser drei Sprachen verständigen können: neben ihrer Muttersprache sollten sie daher Englisch als Verkehrssprache und vielleicht die Sprache des jeweiligen Nachbarlandes lernen. Außerdem wurden zahlreiche Projekte zum Schutz von Regional- und Minderheitensprachen (wie Baskisch, Friesisch, Gälisch, Isländisch, Katalanisch, Sorbisch, Walisisch u.a.) gefördert. Allerdings wurde die Eigenständigkeit des Ressorts bereits 2010 wieder aufgehoben (und damit seine Bedeutung herabgestuft), seine Funktion in der Kommission Juncker dem Kommissar für Haushalt und Personal zugeordnet (was für sich sprechen dürfte).

Abb. 1: Europäische Sprachenvielfalt



<https://de.wikipedia.org/wiki/Europa#/media/Datei:Image-Languages-Europe.png> [27.10.2021]

Der Verständigung über die Landesgrenzen hinweg dient auch das nach Desiderius Erasmus von Rotterdam (1465-1536) benannte Programm, das es in jedem Jahr zahllosen Studenten und Dozenten ermöglicht, sich vorübergehend in einem anderen europäischen Land fortzubilden. (Insofern ist der Zynismus einer rechtsradikal-europafeindlichen Partei im deutschen Parlament kaum zu überbieten, seit 2018 ausgerechnet den Namen des großen paneuropäischen Humanisten für ihre aus Steuern finanzierte Parteistiftung zu missbrauchen.) Die Sprachenvielfalt bringt nicht zu unterschätzende Probleme mit sich, woran z.B. Barbara Pozzo und Valentina Jacometti in der Einleitung zu ihrem Sammelband über *Multilingualism and the Harmonisation of European Law* im Hinblick auf den immensen Bedarf an Übersetzungen erinnern (Pozzo/Jacometti 2006: 4):

On the other hand, multilingualism is considered in some respects as being undoubtedly a treasure-house of European culture, while at the same time the source of innumerable problems, when it comes to drafting, translating and interpreting acts produced by Community institutions in all the various official languages. [...] At an operative level, it has often been said that translating into and from each official language is no longer a practical proposition, in that nowadays it is necessary to navigate among 380 possible language combinations.

Das ist natürlich auch ein bedeutender Kostenfaktor. Nicht unproblematisch erscheint mir auch der ökonomische Bias, der alle Verlautbarungen zur Mehrsprachigkeitspolitik leitmotivisch durchzieht (vgl. Studer/Kreiselmaier/Flubacher 2008). Dem entspricht die zunehmende Dominanz des Englischen, was ökonomisch praktisch ist, aber den Minderheitensprachen nicht hilft (vgl. Nißl 2011). Deren Förderung ist entsprechend selektiv und bislang weder besonders wirksam noch langfristig nachhaltig; die Migrantensprachen werden zudem ausdrücklich ausgeschlossen, was integrationspolitisch erkennbar anachronistisch wirkt. Das komplexe Verhältnis von Sprachgemeinschaft, Identität, Nationalität ist damit noch gar nicht angesprochen, auch nicht das von Sprachkontakt und Sprachkonflikt (vgl. Földes 2005) und erst recht nicht das von Standardsprachen und regionalen bzw. sozialen Varietäten (vgl. Hess-Lüttich 1983). Mit dem Austritt Großbritanniens Ende 2020 gewinnt die Diskussion über das Pramat oder die Dominanz des Englischen als europäischer *lingua franca*, Amts- und Verkehrssprache sowie über die exorbitanten Kosten des Übersetzungsdienstes wieder an Fahrt.

### **3. Mehrsprachigkeitspolitik in der Schweiz**

Nach verbreiteter Auffassung gilt die Schweiz im Hinblick auf ihre Sprachenpolitik und im Umgang mit der Mehrsprachigkeit ihrer Bevölkerung als Vorbild für das

vielsprachige Europa.<sup>4</sup> Ihr sprachlicher Föderalismus wird hervorgehoben, wonach die Landesteile ihre eigenen sprachpolitischen Ansätze verfolgen könnten, aber ihre Sprachen als Landessprachen respektiert seien (vgl. Siguan 2001). Die Mehrsprachigkeit des bis 1803 rein deutschsprachigen Landes wurde mit der Föderationsverfassung von 1848 sozusagen offiziell; ihr Sprachenartikel wurde als § 116 in die Bundesverfassung der *Confœderatio Helvetica* übernommen, der Deutsch, Französisch und Italienisch und – seit 1938 – auch Rätoromanisch als Nationalsprachen der Schweiz feststellt (vgl. Widmer u.a. 2004). 1996 wird der Artikel ergänzt, das Rätoromanische erhält den Rang einer Teilamtssprache. In der neuen Bundesverfassung, seit 2000 in Kraft, rückt die Mehrsprachigkeit weiter nach vorn: in § 4 wird sie als Wesensmerkmal der Schweiz definiert, in § 18 wird die *Sprachenfreiheit* als Grundrecht verankert, das den Gebrauch der Muttersprache schützt. Weiter hinten, im § 70, wird das Grundrecht durch *Amtssprachenregelung* und *Territorialprinzip* allerdings wieder eingeschränkt: die Kantone (im dreisprachigen Graubünden auch die Gemeinden) legen Amts- und Schulsprachen fest, sodass Familien, die von der Westschweiz in die Ostschweiz ziehen oder von dort in die Südschweiz, in der Schule und auf den Ämtern leider die Sprache wechseln müssen. So findet die Freiheit der Muttersprache ihre Grenzen an denen des Kantons (vgl. Koller 2000).

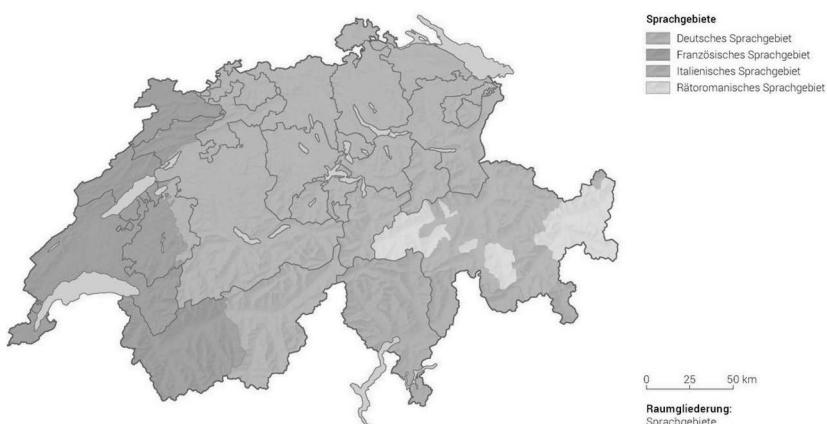
Die Einzelheiten regelt ein Sprachengesetz (SpG), das 2010 in Kraft trat und Maßnahmen vorsieht zur Förderung der Sprachkompetenz in den Landessprachen, zum Austausch zwischen Sprachterritorien, zur Unterstützung von sprachpolitischen Projekten und zum Auf- und Ausbau eines (2008 an der Universität Freiburg/Fribourg gegründeten und heute von Thomas Studer geleiteten) Instituts für Mehrsprachigkeit. Die Behörden haben (nach § 5.2 SpG) die Amtssprachen übrigens »in ihren Standardformen« zu verwenden, was auch für die Schule gilt (§ 15.1 SpG), mindestens eine weitere Landessprache sowie eine weitere Fremdsprache sei zu lernen (§ 15.3 SpG). Von den 26 Kantonen sind 17 deutschsprachig, vier französischsprachig, einer italienischsprachig (Tessin); drei sind zweisprachig (Bern, Freiburg, Wallis), einer dreisprachig (Graubünden). Die Sprachgrenzen und das Verhältnis der Landessprachen untereinander sind seit über 100 Jahren relativ stabil: über 62 % der Schweizer sprechen als Muttersprache das, was sie als Deutsch bezeichnen (bzw. ›Schweizerdeutsch‹), knapp 23 % Französisch, ca. 8 % Italienisch (bzw. Tessiner Dialekt), 0,5 % Rätoromanisch bzw. Rumantsch, auf das noch zurückzukommen sein wird (Abb. 2).

Soweit die juristischen Grundlagen und statistischen Daten, die freilich nicht unbedingt den ›gefühlten‹ Verhältnissen entsprechen. Die frankophone Minderheit etwa fühlt sich trotz aller Förderungen sprachpolitisch gegenüber den deutschsprachigen Kantonen benachteiligt, die Tessiner sehen das gelassener, die Grau-

---

<sup>4</sup> Zum folgenden Abschnitt siehe ausführlicher Ammon 1995 und Hess-Lüttich 2006 (die Angaben wurden soweit nötig auf den heutigen Stand von 2018 angepasst).

Abb. 2: Sprachregionen der Schweiz



© Bundesamt für Statistik, Bern [01.11.2020]

bündner sprechen meist ohnehin drei Sprachen (vgl. Bichsel 1994; Cichon 1998). Sie sind damit in mehrfachem Sinne Minorität, denn Mehrsprachigkeit einer Gesellschaft heißt nicht notwendigerweise auch zugleich Mehrsprachigkeit ihrer Mitglieder. Man unterscheide hier deshalb die individuelle Mehrsprachigkeit von der sozialen bzw. kollektiven oder institutionellen (vgl. Lüdi/Py 1994). Die individuelle Mehrsprachigkeit beschränkt sich im Grunde auf eine schmale Oberschicht der sogenannten *Kaderleute* in den wirtschaftlichen Ballungszentren um Zürich und Basel, auf die Tourismusgebiete im Tessin sowie auf ein paar Grenzregionen im Wallis und um Biel/Bienne und Freiburg/Fribourg (vgl. Lüdi/Werlen 2005).

Die restlichen Gebiete sind in sich nicht etwa homogen, sondern weisen eine Fülle von Varietäten auf. In der Deutschschweiz werden bekanntlich unter nahezu allen Umständen die alemannisch-schwyzerdütschen Dialekte gesprochen (Standarddeutsch gilt als *Schriftsprache* – Stichwort: *mediale Diglossie* – und ist auf bestimmte institutionelle Rituale und einige performative Sprechakte beschränkt, z.B. Urteilsverkündigungen, Gebete u.ä.). Im Süden sind die lokalen italienischen Dialekte nur im privaten Umfeld noch lebendig, überregional ist der lombardische Dialekt in Gebrauch, aber in offiziell-öffentlichen Situationen und gegenüber Fremden würde etwas anderes als die italienische Standardsprache als unpassend empfunden (vgl. Lurati 2000; Moretti 2003). Im Westen klingt im Akzent das alte Patois (< *patte* >Pfote<) der Romandie durch, der aber unbeschadet allerlei regionaler Besonderheiten (etwa in der Zählweise z.B. *septante* statt *soixante-dix*) als Ausdruck mangelnder Bildung und sozialer Benachteiligung oder rückständiger Lebensart

gewertet wird, was leicht zu entsprechenden Verzerrungen in der Wahrnehmung deutschschweizerischer Spracheinstellungen in dieser Frage führt (vgl. Kolde/Näf 1996).

In Graubünden ist die Situation noch unübersichtlicher (vgl. Liver 2000; Coray 2003). Rätoromanisch wurzelt wie das verwandte Ladinische und Friaulische in einer mit Latein gemischten rätischen Ursprache, aus der sich im 16. Jahrhundert die fünf hier gültigen Idiome Surselvisch, Sutselvisch, Surmeirisch, Puter und Vallader als gleichberechtigte Schulsprachen entwickelt haben, die von ca. 60.000 Schweizern gesprochen wird. Daraus wurde erst 1980 von Heinrich Schmid das *Rumantsch Grischun* als ihnen gemeinsame Schriftsprache geschaffen, die seither als Rechts- und Verwaltungssprache (und seit 1996 als Amtssprache im Verkehr mit dem Bund) verwendet wird, die aber so niemand spricht. Dafür wird sie mit sprachpflegerischer Anstrengung auf allerlei andere Textsorten wie Formulare, Gebrauchsweisungen, Werbeprospekte etc. übertragen. Die *Lia Rumantscha* verweist (unter [www.liarumantscha.ch](http://www.liarumantscha.ch)) auch stolz auf ihren zunehmenden Gebrauch bei einigen (offensichtlich finanziell unabhängigen) literarischen Autoren aus der Gegend. Sie bleibt indes nicht unumstritten: manche machen von ihr das Überleben des Rätoromanischen abhängig, für andere bedeutet sie das »Todesurteil für die fünf romanischen Idiome und damit den Untergang der vierten Landessprache schlechthin« (Pedretti 1994: 361). Dem Sprachtod (*language loss*) sucht der Bund mit Wiederbelebungsmaßnahmen (*revitalisation*) vom Kindergarten bis zur Bundesverfassung (§ 116.3 BV) entgegenzuwirken (vgl. Lüdi/Werlen 2005).

Davon begrenzt beeindruckt können die meisten Graubündener im Zweifel aber auch Deutsch und meistern damit mühelos eine mehrfach gestaffelte doppelte Diglossie: in der Gemeinde Bivio z.B. im südlichen Graubünden leistet sich die Sprachgemeinschaft den Luxus von drei Sprachen für den Schriftverkehr (Rumantsch Grischun, Italienisch, Deutsch) und sechs Varietäten für den mündlichen Umgang miteinander (vgl. Kristol 1984): die lokale Ortsmundart (Bivio) oder den Dialekt von Bergell (Soglio), den Regiolekt von Surmeir, die lombardische Umgangssprache, dazu einen schwyzerdütschen Dialekt und zur Not das Schriftdeutsche, soweit man nicht lieber ins Italienische oder gleich ins Englische flüchtet.

Das Englische wächst derweil inoffiziell als fünfte Landessprache heran, was seit seiner Ein-führung als erste Fremdsprache in einigen Kantonen der Deutschschweiz (zu Lasten der anderen Landessprachen) vor allem in der frankophonen Westschweiz für Diskussionen sorgt. Die einen bekämpfen den Trend als Anschlag auf die vermeintliche Mehrsprachigkeit und schleichen Ersatz der Kenntnis der Landessprachen durch eine *lingua franca*, die alle gleich schlecht beherrschen. Die anderen (meist die Jüngeren) begrüßen ihn als elegante Lösung des eigentlichen Problems, das der zunehmenden Aversion gegen das Deutschlernen in der West- und Südschweiz zugrunde liegt: dem Insistieren der Deutschschweizer auf ihren Dialekten im Gespräch (vgl. Murray 2003).

In der Tat sind immer weniger Schüler der Süd- und Westschweiz mit dem Landessprachenargument für den mühseligen Erwerb des (Standard-)Deutschen zu gewinnen, wenn sie ihren Aufwand im Kontakt mit den Deutschschweizern nicht durch bessere Verständigung vergolten sehen (vgl. Hess-Lüttich 2000). Dem Deutschunterricht wird heute in der lateinischen Schweiz mit merklichem Widerwillen und spürbarer Resignation begegnet (vgl. Facon 1996; Rellstab 2021). Der Sprachregionalismus verschärft sich, der Graben wird tiefer, und schuld sei das aus frankophoner Sicht unverständliche Schwyzerdütsch (vgl. Koller 2000). Selbst die Tessiner bleiben dann lieber bei ihrer Herkunftssprache, die sie bei einem Umzug in die Romandie relativ rasch zugunsten des Französischen ablegen.

Umgekehrt kommt es den Deutschschweizern immer weniger in den Sinn, im Umgang mit ihren Landsleuten auf ihren Dialekt zu verzichten. Dann eben lieber Englisch, das ihnen näher ist und leichter scheint als das Hochdeutsche, das sie immer trotziger und ungeachtet aller linguistischen Befunde als Fremdsprache einstufen. Die tieferen Gründe für diesen merkwürdigen »Sonderfall« in Europa werden vielerorts erforscht (vgl. Häcki Buhofer/Burger 1998). Denn die Situation ist weder gottgegeben noch im helvetischen Genom angelegt, sondern eine sprachhistorisch jüngere Entwicklung der letzten 100 Jahre (vgl. Koller 2000: 586). Neben den verständlichen politischen und historischen Gründen (Abgrenzung zu Deutschland) beschleunigen zwei Institutionen eine Entwicklung, die manche bereits im Übergang von einer schleichenden *Hollandisierung* zu einer galoppierenden *Belgisierung* sehen (vgl. Altermatt 1996: 9; 1997): die Schulen, die den standardsprachlichen Unterricht zugunsten der Dialekte vernachlässigen, und die elektronischen Medien, die sich vom Dialektgebrauch in der Deutschschweiz höhere Quoten versprechen. Die Sprachgrenzen sind auch Mediengrenzen. Die Schweiz wird überdies von den großen Medienangeboten der drei angrenzenden Sprachgebiete überlagert. Angesichts dieser Medienangebote aus Deutschland, Frankreich und Italien liegt die Nutzung fremdsprachiger Medien in der Schweiz trotz vielfältiger Förderung bei gerade mal 3 % (vgl. Hess-Lüttich 2003; Blum 2014).

#### **4. Mehrsprachigkeitspolitik in Indien**

Ähnlich wie die EU und die Schweiz hat auch Indien eine föderale Struktur mit 28 Bundesländern (und 7 bundesunmittelbaren Unionsterritorien). Die Bundesländer sind im Hinblick auf ihre territoriale Größe und Einwohnerzahl mit europäischen Ländern vergleichbar. Allerdings ist die sprachliche Vielfalt mit je nach Zählweise 121 (vgl. Zensus 2011) bis 427 Sprachen aus mindestens fünf Sprachfamilien (Indo-Arisch, Dravidisch, Austro-Asiatisch, Tibeto-Birmanisch, Andamanesisch) deutlich größer (vgl. Eberhard/Simons/Fennig 2019). Überregionale Landessprachen sind Hindi und Englisch, dazu sind zusätzlich 21 Amtssprachen offiziell anerkannt (As-

samese, Bengalisch, Bodo, Dogri, Gujrati, Kannada, Kashmiri, Konkani, Maithili, Malayalam, Marathi, Meitei, Nepali, Oriya, Panjabi, Santali, Sanskrit, Sindhi, Tamil, Telugu, Urdu).<sup>5</sup>

Abb. 3: Sprachregionen in Indien im Überblick



© [https://de.wikipedia.org/wiki/Sprachen\\_Indiens](https://de.wikipedia.org/wiki/Sprachen_Indiens) [01.11.2020]

Auf die extrem komplexe (Kolonial-)Geschichte kann ich hier nicht eingehen, aber sprachenpolitisch interessant ist der Umstand, dass sich das unabhängig ge-

5 Wichtige Hinweise zur indischen Mehrsprachigkeitspolitik verdanke ich im Folgenden meinem Schüler Abhimanyu Kumar Sharma, PhD (Cantab.), der seit 2019 als Professor of German Linguistics an der renommierten Jawaharlal Nehru University in New Delhi lehrt; außerdem danke ich Anil Bhatti für die Einladung zu einem Gastsemester (2005) ebendort, während dem mein Interesse an der Mehrsprachigkeit Indiens geweckt wurde.

wordene Indien 1956 auf sprachlicher Basis eine neue Gliederung in 14 Bundesländer und 7 Unionsterritorien gab. Dabei kam es zu allerlei Überschneidungen und Überlappungen, sodass auch zwei- und mehrsprachige Regionen entstanden. Neben Englisch als der Kolonialsprache gewann die am weitesten verbreitete indische Sprache Hindi in §343 als »official language of the Union« Verfassungsrang und wurde damit maßgeblich für die Kommunikation im öffentlichen Sprachgebrauch bzw. im amtlichen Verkehr der Exekutive auf Bundes- und Landesebene. In der Judikative indes dominiert nach wie vor Englisch, das inzwischen weniger als Kolonialsprache wahrgenommen wird – zur Abgrenzung pflegt man die spezielle Varietät des *Indian English* – denn als neutrale Instanz in der Konkurrenz der indigenen Sprachen.

Dennoch forciert die Bundesregierung die Modernisierung und Standardisierung des Hindi durch zahlreiche sprachpolitische Maßnahmen, durch die Gründung eines Zentralen Spracheninstituts und etlicher Kommissionen, Akademien, Trainingsprogramme, Stipendien.<sup>6</sup> Zeitungen, Radio- und Fernsehsender sind in den meisten Sprachen verfügbar; die Literatur- und Filmförderung dient der Pflege aller offiziellen Sprachen (vgl. Bhatia/Wei/Sharma 2003); die Universitäten tragen in ihren Sprachabteilungen das ihre dazu bei, spezielle Programme gibt es für Sanskrit, Arabisch, Persisch, Pali und Pakrit.

Ähnlich wie in Europa und der Schweiz fordert die *Three Language Formula* den schulischen Erwerb von (mindestens) drei Sprachen: die jeweilige Regionalsprache, Hindi (bzw. eine andere Regionalsprache in den Hindi-sprachigen Regionen), Englisch und/oder eine andere lebende europäische Sprache wie Deutsch, Französisch oder Russisch. Diese nationale Vorgabe der Sprach(en)politik findet freilich nicht in allen Bundesländern Beachtung, bei denen (ähnlich wie in Deutschland) die Bildungshoheit liegt, was immer mal wieder zu Konflikten führt, die vor allem den Status jeweiliger Regionalsprachen in der Konkurrenz mit den Nationalsprachen betreffen. Sprachkonflikte entzündeten sich auch an dem ursprünglichen Plan, Hindi als alleinige Nationalsprache zu installieren, was z.B. für die Tamilen inakzeptabel war, die über eine jahrtausendealte Sprach- und Literaturtradition verfügen. Wie in der EU und der Schweiz war die Drei-Sprachenpolitik für die innerstaatliche Verständigung nur begrenzt erfolgreich; in den Hindi-Regionen lernten die Menschen lieber Sanskrit als die Sprache des benachbarten Bundeslandes, in Nordindien wurden die südindischen Sprachen nicht gelernt und umgekehrt.

---

6 Indische Organisationen, die im Bereich der Förderung und Entwicklung der Sprachen tätig sind: Central Hindi Directorate, Commission for Scientific and Technical Terminology, Kendriya Hindi Sansthan, Central Institute of Indian Languages, National Translation Mission, National Council for Promotion of Urdu Language, National Council for Promotion of Sindhi Language, English and Foreign Language University, Rashtriya Sanskrit Sansthan, Maharsi Sandipani Rashtriya Veda Vidya Pratishtan, Central Institute for Classical Tamil u.a.

Die berühmte *Eighth Schedule*, die eingangs erwähnte Liste der 23 Amtssprachen, sorgt seit Jahrzehnten für Konfliktstoff, weil das Kriterium für die Aufnahme einer Sprache in diese Liste – also eine eigene Literatur- und Medientradition – nicht immer konsequent Anwendung findet (vgl. Dutt 2006). Es sind auch keine demographischen, kulturellen oder linguistischen Kriterien ausschlaggebend, sondern eher solche des politischen Einflusses. Die Aufnahme von Urdu war z.B. eine politische Konzession an die Muslime, obwohl es sich außer in der Lexik (mit Integraten aus dem Persischen) kaum von Hindi (mit seinen Sanskrit-Ursprüngen) unterscheidet. Umgekehrt wurde die Aufnahme in die Liste dem von gut 33 Millionen Sprechern gebrauchten Bhojpuri als einer Hindi-Varietät verwehrt. Marwari im Bundesland Rajasthan hat es nicht geschafft, weil die Sprecher der anderen Sprachen (Mewari, Harauti, Malvi, Dhundhari, Urdu, Panjabi) sich benachteiligt fühlten. Voraussetzung zur Anerkennung als *klassische Sprache* (wie Sanskrit, Pali und Pakrit) ist der Nachweis einer literarischen Tradition von 1500-2000 Jahren, dann besteht Aussicht auf Förderung ihrer Erforschung. Als Tamil 2004 diesen privilegierten Status erkämpft hatte, reklamierten die Vertreter von Kannada und Telugu das auch für ihre Sprachen, wogegen die Tamilen wiederum vor Gericht zogen. Der Sprachenkonflikt schwelt bis heute.

Ein weiteres bis heute virulentes Problem ist die Abgrenzung zwischen Sprachen (*languages*) und Varietäten (*mother tongues*), was zu bizarren Schwankungen in der Zählung der Sprachen in Indien geführt hat. Der erste *Linguistic Survey* 1816 von W. Marey zählte 33 Sprachen, Grierson kam 1923 in seinem legendären *Linguistic Survey of India* auf 250 Sprachen und 750 Dialekte (vgl. Varma 1972). Sarangi (2009) erinnert an einen Zensus, der 1881 3000 *mother tongues* notiert, 1961 sackte die Zahl auf 1652, 1981 stieg sie auf fast 7000, 1991 gar auf 10.400, aber nur 114 Sprachen wurden gefunden. Heute gilt die von Gordon (zuerst 2005) geschätzte Angabe von 427 Sprachen als sprachwissenschaftliche (nicht aber sprachpolitische) Grundlage. Die von der Regierung als *rationalization process* betriebene Subsumtion von Dialekten unter die regional je dominante Sprache hat in besagtem Zensus zu 121 Sprachen geführt, was sprachpolitisch jedoch als *reductionist policy* kritisiert wird, die viele Sprecher ihrer sprachlichen Identität beraubt. Dabei verbietet Art. 29 der indischen Verfassung die Diskriminierung aufgrund der Sprache genauso wie die aufgrund von Religion, Rasse oder Kaste und garantiert allen Bürgern das Recht zur Bewahrung ihrer Sprache, Schrift und Kultur. Ob das auch für die gefährdeten Stammessprachen mit unter 10.000 Sprechern gilt, die in keinen Zählungen auftauchen? Dafür sind sie immerhin ein beliebtes Objekt ethnolinguistischer Forschung. Derweil ist Englisch, wenn auch mit starkem Akzent (Indian English), weiter auf dem Vormarsch. So wird aus der einstigen Kolonialsprache ein Vehikel zur Integration vielsprachiger Gesellschaften in einer Kommunikationsgemeinschaft.

## 5. Mehrsprachigkeitspolitik in Südafrika

Dasselbe gilt häufig auch für die Länder der ehemaligen Kolonialmächte in West-, Ost- und Zentralafrika, in denen Französisch, Englisch und teilweise Portugiesisch (in Angola und Mosambik) oft als Amts- und überregionale Verkehrssprachen (*linguae francae*) fungieren.<sup>7</sup> So ist beispielsweise in Kenia mit über 40 Ethnien Englisch Amts- und Parlamentssprache, während die zweite Amtssprache KiSwahili im Rechtswesen nur auf unteren Ebenen der Gerichte zugelassen ist und die Einheimischen ca. 50 verschiedene Sprachen sprechen (zu 60 % diverse Bantusprachen). Im Senegal ist Französisch Amts- und Unterrichtssprache, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung weder lesen noch schreiben kann und nur lokale Sprachen spricht. Viele Intellektuelle dort vertreten daher die Meinung, dass an den Schulen auch in den überregionalen indigenen Sprachen unterrichtet werden sollte. Allerdings entzündet sich dann wie so oft in mehrsprachigen Gesellschaften sofort ein Streit an der Frage der Sprachenwahl. Einige plädieren daher dafür, neben Französisch wenigstens die am weitesten verbreitete Sprache Wolof als zweite Amts- und Unterrichtssprache anzuerkennen.<sup>8</sup> Dagegen opponieren indes die Sprecher der anderen, weil sie dann um Bestand und Eigenständigkeit ihrer eigenen Sprachen fürchten und deshalb lieber die Kolonialsprache Französisch als das zwar einheimische, aber dann als dominant empfundene Wolof für den öffentlichen und institutionellen Gebrauch lernen.

Deutlich mehr Freiraum genießen die nicht-europäischen Sprachen seit dem Ende der Apartheid 1994 in Südafrika, was die dortige Sprachenpolitik freilich auch nicht einfacher macht; ich habe sie immer noch nicht vollständig durchschaut, obwohl ich seit mehr als zwölf Jahren einen Teil des Jahres dort verbringe.<sup>9</sup> Die Verfassung führt in Art. 6 Abs. 1 elf amtliche Landessprachen auf, und entsprechend viele Namen hat das Land: Englisch, Afrikaans, isiXhosa, isiZulu, Siswati,

---

7 In Moçambique mit mehr als 40 Sprachen (überwiegend Bantusprachen) ist Portugiesisch einzige Amtssprache.

8 Wolof bezeichnet zugleich Stamm und Sprache. Die Wolof sind zu finden im Westen (in Dakar und Umgebung), im Zentrum (das den ehemaligen Königreichen Kadjoor, Baol, Saloum entspricht) und im Norden (dem ehemaligen Königreich Walo). 47 % der Bevölkerung sind Wolof, deren Sprache aber von 90 % verstanden (und z.T. auch gesprochen) wird (vgl. Diop 2016: 403-409).

9 Von 2007 bis 2017 wirkte ich (neben meinem Ordinariat an der Universität Bern während der dortigen Semesterferien im Winter ehrenamtlich) als Honorarprofessor am Department of Modern Languages der University of Stellenbosch, seit 2014 habe ich einen zweiten Wohnsitz in Kapstadt und kooperiere dort im Rahmen des »Kap-Kolloquiums für Deutsche Sprache und Literatur« mit der Stellenbosch University, der University of Cape Town (UCT) und der University of Western Cape (UWC). 2021 wurde ich zum Honorarprofessor an der UCT ernannt.

Süd-Ndebele, Sesotho, Sepedi, Xitsonga, Setswana, Tshivenda. Es gehört damit wie Indien (und Bolivien, *nota bene*) zu den Ländern mit den meisten offiziell anerkannten Nationalsprachen. Daneben gibt es die Sprachen von Sprechern südostasiatischer Herkunft aus früheren Immigrationswellen vor allem aus Indien (Gujarati, Tamil), Indonesien (Java) und Malaysia (Kap-Malayisch) sowie mit der zunehmenden Immigration von Chinesen neuerdings diverse Varietäten des Chinesischen im Gefolge der wirtschaftlichen Investitionen der chinesischen Regierung in Länder des afrikanischen Kontinents. Schließlich gibt es noch die Sprachen der zahlreichen (oft illegalen) Einwanderer aus den ärmeren Ländern des südlichen Afrikas und des Subsahel wie Simbabwe, Kongo, Malawi, Zambia – womit Südafrika ein ähnliches Flüchtlingsproblem hat wie Deutschland (dort besonders im Jahre 2015) mit einer entsprechenden öffentlichen Debatte und xenophoben Reaktionen in den *Social Media*.

Südafrika hat zwar immer noch die größte europäischstämmige Bevölkerung Afrikas, aber der Anteil der Weißen beträgt aufgrund anhaltender Emigration und demographischer Ungleichgewichte in der Bevölkerungsentwicklung heute unter 10 % (gegenüber mehr als 20 % in den 50er Jahren), die (im Südwesten = Western Cape) meist Afrikaans sprechen (ca. 60 %) und/oder Englisch (ca. 40 %), wobei sich aber je nach Statistik die Anteile rasch zugunsten des Englischen verschieben, weil die Weißen und Farbigen i.d.R. zweisprachig aufwachsen und weil zudem das Englische als Verkehrssprache bei den meisten Schwarzen, Farbigen und Asiaten (die Einteilung der alten Verfassung wird in der Statistik immer noch benutzt) sowie europäischen Immigranten (außer Niederländern) beliebter ist als das politisch-historisch oft mit dem Apartheidsregime assoziierte Afrikaans. Entsprechend nervös reagieren die weißen Afrikaanssprecher (Buren) und verteidigen ihre Muttersprache mit aller Entschlossenheit als Unterrichtssprache an Schulen und Universitäten (exemplarisch führt die Eliteuniversität Stellenbosch seit Jahren einen diesbezüglichen Sprachenstreit, der oft, nicht immer, auch mit politischen Orientierungen korreliert).<sup>10</sup>

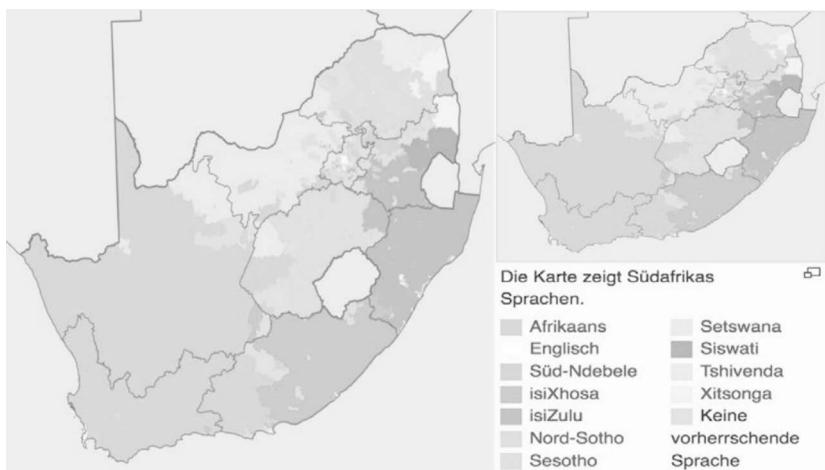
Die Schwarzen sprechen zumeist eine der zahlreichen Bantusprachen, wobei sie regional unterschiedlich verbreitet sind: im Süden und Südosten isiXhosa (mit ca. 22 % L1-Sprecher-Anteil an der Gesamtbevölkerung), im Osten isiZulu (ca. 30 %), im Norden Setswana (ca. 10 %), im Zentrum Sesotho (ca. 10 %), im Nordosten (Transvaal) Sepedi (ca. 12 %), Tshivenda, Xitsonga, SiSwati, Süd-Ndebele und andere Sprachen wie Nord-Ndebele, Fanakalo, Lobedu, Phuti, Khoe und die

---

<sup>10</sup> Der renommierte Historiker Hermann Giliomee schildert die Zukunft des *Afrikaanertums* und des Afrikaans in eher düsteren Farben: Giliomee 2003; siehe hierzu Pakendorf 2016; zuletzt Giliomee 2019.

Sprachen der Ureinwohner wie die San und Khoikhoi, die in den Grenzregionen zu den nördlichen Nachbarländern Namibia und Botswana leben (Abb. 4).<sup>11</sup>

Abb. 4: Sprachregionen in Südafrika im Überblick (lt. Census 2011)



© <https://www.brandsouthafrica.com/south-africa-fast-facts/geography-facts/languages> [01.11.2020]

Nur die offiziellen Landessprachen werden sprachpolitisch gefördert und in den entsprechenden Gebieten auch an den Grundschulen unterrichtet, während die Lehre an den Universitäten (außer in den Linguistik-Abteilungen) in Afrikaans und (zunehmend) in Englisch erfolgt. Der allen (heutigen) verfassungsrechtlichen Garantien zum Trotz immer noch schwelende sprachpolitische Konflikt entzündet sich einerseits an der Konkurrenz zwischen Englisch und Afrikaans, andererseits an der zwischen diesen beiden Sprachen europäischer Herkunft (der Weißen) und den indigenen (Bantu-)Sprachen (der Schwarzen). Unter dem Burenregime erhielten die Schwarzen an den Schulen Sprachunterricht nur in Afrikaans, nicht aber in Englisch. Das führte 1976 sogar zu blutigen Unruhen in Soweto, bei denen über 600

<sup>11</sup> Genaue Angaben hierzu bieten neben dem letzten *Census in brief* (2011) des South African Department of Statistics unter <https://www.statssa.gov.za> [Stand: 01.11.2020] die jetzt aktualisierten offiziellen Hinweise zur Sprachverteilung <https://www.brandsouthafrica.com/south-africa-fast-facts/geography-facts/languages> (denen auch Abb. 4 entnommen ist) oder auch der Südafrika-Eintrag der Wikipedia-Enzyklopädie (<https://de.wikipedia.org/wiki/S%C3%BCdafrika>) sowie die Ethnologue-Webseiten zu 34 Sprachen im Lande (<https://www.ethnologue.com/country/ZA/languages>); cf. Eberhard et al. eds. 2019. Keine der Seiten enthält jedoch Hinweise zur Sprachpolitik (cf. dazu jüngst Bostok 2018).

Menschen starben. Da die Schwarzen aber vorzugsweise eine ihrer eigenen Sprachen plus Englisch lernen wollten, wurde der Status der überwiegend Afrikaans sprechenden Farbigen nach und nach angehoben, bis alle Afrikaans-Sprecher zu Afrikanern erklärt wurden (und damit dann auch studieren durften).

Erst mit der 1996 in Kraft tretenden neuen Verfassung erlangten die in Art. 6 Abs. 1 genannten elf nationalen Sprachen Gleichberechtigung: »All official languages must enjoy parity of esteem and be treated equitably.« Es ist vor allem der Weitsicht des ersten Präsidenten der neuen Republik, Nelson Mandela, zu danken, dass Afrikaans seinen Status ohne Einschränkung behalten konnte (vgl. Schiff 1996). Aber ob es diesen Status gegenüber dem Englischen in der Praxis der Institutionen der Verwaltung, der Justiz und des Erziehungswesens wird behaupten können, ist offen. Auch die indigenen Sprachen sehen sich durch den Vormarsch des Englischen herausgefordert. Deshalb fordern viele Intellektuelle die gezielte Förderung der Minderheitensprachen, um sie vor dem drohenden *Sprachentod* zu bewahren: »Unless a community makes a deliberate effort to maintain and promote its own language, the chances that the language will face attrition and death« (Kamwangamalu 1997: 122). Es bleibt zu beobachten und abzuwarten, ob in dem Maße, in dem die Schwarzen das Englische als bequeme und historisch weniger belastete *lingua franca* (»we-code«) annehmen und Afrikaans als »they-code« (Kamwangamalu 2007: 264) betrachten, die Afrikaner ihre Muttersprache im Sinne eines Soziolekts zum politischen Zeichen und Ausdruck ihrer ethnischen Identität semiotisch aufladen und damit die Saat legen zum nächsten Sprachenkonflikt.

## Literatur

- Abbi, Anvita (2009): Vanishing Diversities and Submerging Identities. An Indian Case. In: Asha Sarangi (Hg.): Language and Politics in India. Oxford, S. 299-311.
- Allemann-Ghionda, Cristina (Hg.; 1997): Multikultur und Bildung in Europa. Bern etc.
- Altermatt, Urs (1996): Vor neuen Herausforderungen. Irritationen in der Sprachenglandschaft der Schweiz [Rede zum dies academicus der Universität Fribourg am 15.11.1996]. In: Neue Zürcher Zeitung 269 v. 18. November 1996: 20.
- Altermatt, Urs (1997): Viersprachige Schweiz – anderthalbsprachig plus Englisch? In: Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3, H. 1, S. 136-143.
- Ammon, Ulrich (1995): Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das Problem der nationalen Varietäten. Berlin/New York.
- Bhatia, Vijay K., Wei, Sandy/Sharma, Rajesh (2003): Socio-political Development of the Legal System in India. In: Vijay K. Bhatia/Christopher N. Candlin/Jan

- Engberg/Anna Trosborg (Hg.): *Multilingual and Multicultural Contexts of Legislation*. Frankfurt a.M., S. 169-191.
- Bichsel, Reinhard (1994): Individueller Multilingualismus. In: Hans Bickel/Robert Schläpfer (Hg.): *Mehrsprachigkeit – eine Herausforderung*. Aarau/Frankfurt/Salzburg, S. 247-274.
- Bickel, Hans/Schläpfer, Robert (Hg.,1994): *Mehrsprachigkeit – eine Herausforderung*. Aarau/Frankfurt/Salzburg.
- Bickel, Hans/Schläpfer, Robert (Hg.,2000): *Die viersprachige Schweiz*. Aarau/Frankfurt/Salzburg.
- Blum, Roger (2014): *Lautsprecher und Widersprecher. Ein Ansatz zum Vergleich der Mediensysteme*. Köln.
- Bostock, William W. (2018): *South Africa's Evolving Language Policy: Educational Implications*. In: *Journal of Curriculum and Teaching* 7, H.2, S. 27-32.
- Cathomas, Bernard (1994): Zur Präsenz des Rätoromanischen in Graubünden. In: Hans Bickel/Robert Schläpfer (Hg.): *Mehrsprachigkeit – eine Herausforderung*. Aaraz/Frankfurt/Salzburg, S. 351-360.
- Charnley, Joy/Pender, Malcolm (Hg.,2003): *Living with Languages. The Contemporary Swiss Model*. Oxford/Bern/Berlin etc.
- Cichon, Peter (1998): *Sprachbewußtsein und Sprachhandeln. Romands im Umgang mit Deutschschweizern*. Wien.
- Coray, Renata (2003): *Chara lingua de la mamma: Romansh in Switzerland*. In: Joy Charnley & Malcolm Pender (Hg.): *Living with Languages. The Contemporary Swiss Model*. Oxford/Bern/Berlin, S. 9-32.
- Dembeck, Till/Parr, Rolf (Hg.,2017): *Literatur und Mehrsprachigkeit. Ein Handbuch*. Tübingen.
- Diop, Mamadou (2016): *Wolof als Amts- und Unterrichtssprache im Senegal? Eine Kontroverse in der mehrsprachigen Gesellschaft*. In: Ernest W.B. Hess-Lüttich/Carlotta v. Maltzan/Kathleen Thorpe (Hg.): *Gesellschaften in Bewegung. Literatur und Sprache in Krisen- und Umbruchzeiten*. Frankfurt a.M., S. 385-391.
- Dürmüller, Urs (1996): *Mehrsprachigkeit im Wandel. Von der viersprachigen zur vielsprachigen Schweiz*. Zürich.
- Dutt, Sagarika (2006): *India in a Globalized World*. Manchester.
- Eberhard, David M./Simons, Gary F./Fennig, Charles D. (Hg.; 2019): *Ethnologue: Languages of the World*. Dallas.; online unter: [www.ethnologue.com](http://www.ethnologue.com) [Stand: 11.03.2019].
- Facon, Eric (1996): Sprachprobleme mit besonderer Berücksichtigung der modernen Kommunikationsmedien. In: Wolf Linder/Ewald R. Weibel/Prisca Lanfranchi (Hg.): *Schweizer Eigenart – eigenartige Schweiz. Der Kleinstaat im Kräftefeld der europäischen Integration*. Bern/Stuttgart/Wien, S. 294-296.
- Földes, Csaba (2005): *Kontaktdeutsch. Zur Theorie eines Varietätentyps unter transkulturellen Bedingungen von Mehrsprachigkeit*. Tübingen.

- Giliomee, Hermann (2003): *The Afrikaners. Biography of a People*. Charlottesville.
- Giliomee, Hermann (2019): *The Rise and Demise of the Afrikaner*. Kapstadt.
- Gleich, Utta v. (2004): What makes someone bilingual? In: Jeroen Darquennes/Peter H. Nelde/Peter Weber (Hg.): *The future has already begun. Forschungsansätze der Konfliktlinguistik*. St. Augustin, S. 137-145.
- Gordon, Raymond G. (2005): *Ethnologue: Languages of the World*. Dallas; online unter: [www.ethnologue.com](http://www.ethnologue.com) [Stand: 07.11.2009].
- Häckl Buhofer, Annelies/Burger, Harald (1998): Wie Deutschschweizer Kinder Hochdeutsch lernen (= Beiheft d. Zeitschrift für Dialektologie und Linguistik 98). Stuttgart.
- Hess-Lüttich, Ernest W.B. (Hg.; 1985): *Integration und Identität. Soziokulturelle und psychopädagogische Probleme im Sprachunterricht mit Ausländern* (= Forum Angewandte Linguistik 8). Tübingen.
- Hess-Lüttich, Ernest W.B. (2000): Sonderweg der Dialekte? Eine sprachkritische Polemik pro *Helvetia Europaea*. In: Jürg Niederhauser/Stanislaw Szlek (Hg.): *Nachdenken über Sprache und Sprachgebrauch*. Bern etc., S. 185-206.
- Hess-Lüttich, Ernest W.B. (2003): Kommunikative Funktionen der Moderation in Privatradiosendungen der Schweiz. In: Jörg Hagemann/Sven F. Sager (Hg.): *Schriftliche und mündliche Kommunikation. Begriffe – Methoden – Analysen* [Festschrift zum 65. Geburtstag von Klaus Brinker]. Tübingen, S. 283-300.
- Hess-Lüttich, Ernest W.B. (2006): Die Schweiz als mehrsprachige Gesellschaft – ein Modell für Europa? In: Konrad Ehlich (Hg.): *Germanistik [in und für] Europa. Faszination – Wissen. Texte des Münchener Germanistentages 2004*. Bielefeld, S. 219-239.
- Hess-Lüttich, Ernest W.B. (2014): Die Afrikaner kommen! Für sprachliche Bildung und berufliche Integration afrikanischer Flüchtlinge. In: Jacob Emmanuel Maibe (Hg.): *Warum lernt und lehrt man Deutsch in Afrika? Autobiographische Ansichten und didaktische Erfahrungen*. Festschrift zu Ehren von Anton Wilhelm Amo. Nordhausen, S. 163-177.
- Hess-Lüttich, Ernest W.B./v. Maltzan, Carlotta/Thorpe, Katherine (Hg.; 2016): *Gesellschaften in Bewegung. Literatur und Sprache in Krisen- und Umbruchzeiten*. Frankfurt a.M. etc.
- Hess-Lüttich, Ernest W.B. (2019): Hoffnung auf Integration? Europäische Perspektiven auf Flüchtlinge aus Afrika. In: *Acta Germanica. German Studies in Africa* 47: S. 70-91.
- Kamwangamalu, Nkonko M. (1997): Multilingualism and Education Policy in Post-Apartheid South Africa. In: *Language Problems and Language Planning* 21, H. 3, S. 234-253.
- Kamwangamalu, Nkonko M. (2007): One language, multi-layered identities. English in a society in transition, South Africa. In: *World Englishes* 26, H. 3, S. 263-275.

- Kolde, Gottfried/Näf, Anton (1996): Die Westschweiz. In: Robert Hinderling/Ludwig M. Eichinger (Hg.): Handbuch der mitteleuropäischen Sprachminderheiten. Tübingen, S. 385-412.
- Koller, Werner (2000): Nation und Sprache in der Schweiz. In: Andreas Gardt (Hg.): Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Berlin/New York, S. 563-609.
- Kristol, Andres Max (1984): Sprachkontakt und Mehrsprachigkeit in Bivio (Graubünden). Linguistische Bestandsaufnahme in einer siebensprachigen Dorfgemeinschaft. Bern.
- Liver, Ricarda (1999): Rätoromanisch. Ein Einführung in das Bündnerromanische. Tübingen.
- Liver, Ricarda (2000): Die rätoromanische Schweiz. In: Hans Bickel & Robert Schläpfer (Hg.): Die viersprachige Schweiz. Aarau/Frankfurt/Salzburg, S. 211-233.
- Lüdi, Georges/Py, Bernard (1994): Fremdsprachig im eigenen Land: Wenn Binnenwanderer in der Schweiz das Sprachgebiet wechseln und wie sie darüber reden. Basel.
- Lüdi, Georges/Iwar Werlen, Iwar (2005): Sprachenlandschaft in der Schweiz. Eidgenössische Volkszählung 2000. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Lurati, Ottavio (2000): Die sprachliche Situation in der Südschweiz. In: Hans Bickel/Robert Schläpfer (Hg.): Die viersprachige Schweiz. Aarau/Frankfurt/Salzburg, S. 177-210.
- Moretti, Bruno (2003): The Italian Language in Switzerland. In: Joy Charnley/Malcolm Pender (Hg.): Living with Languages. The Contemporary Swiss Model. Oxford/Bern/Berlin, S. 69-85.
- Murray, Heather (2003): The Status of English in Switzerland. In: Joy Charnley/Malcolm Pender (Hg.): Living with Languages. The Contemporary Swiss Model. Oxford/Bern/Berlin, S. 87-106.
- Nißl, Sandra (2011): Die Sprachenfrage in der Europäischen Union. Möglichkeiten und Grenzen einer Sprachenpolitik für Europa. München.
- Oksaar, Els (2003): Zweispracherwerb. Stuttgart.
- Pakendorf, Gunther (2016): Vom Nutzen der Geschichte in Zeiten des Umbruchs. Hermann Giliomee und »Die Afrikaner«. In: Hess-Lüttich/Carlotta von Maltzan/Kathleen Thorpe(Hg.): Gesellschaften in Bewegung. Literatur und Sprache in Krisen- und Umbruchzeiten. Frankfurt a.M. etc., S. 25-42.
- Pedretti, Bruno (1994): »Rumantsch grischun: geliebt – gehasst – geduldet«. In: Hans Bickel/Robert Schläpfer (Hg.): Mehrsprachigkeit – eine Herausforderung. Aarau/Frankfurt/Salzburg, S. 361-370.
- Pereltsvaig, Asya (2017): Languages of the World. An Introduction. Cambridge.
- Pozzo, Barbara/Jacometti, Valentina (Hg.): Multilingualism and the Harmonisation of European law. Alphen aan den Rijn.

- Rellstab, Daniel H. 2021: Legitime und illegitime Identitäten und Sprachen im spätmodernen Deutsch L2- Klassenzimmer, Bielefeld: transcript
- Sarangi, Asha (ed.) (2009): Language and Politics in India. New Delhi etc.
- Schiff, Ben (1996). The Afrikaners after Apartheid. In: Current History 95, H. 601, S. 216-221.
- Siguan, Miquel (2001): Die Sprachen im vereinten Europa. Tübingen.
- Simons, Gary/Fennig, Charles D. (Hg.; 2017): Ethnologue. Languages of Africa and Europe. Dallas.
- Studer, Patrick/Kreiselmaier, Felicia/Flubacher, Mi-Cha (2008): Language Policy-Planning in a Multilingual European Context. Arbeitspapier 43, Bern: Institut für Sprachwissenschaft d. Universität Bern.
- Varma, Siddheshwar (1972): G. A. Grierson's Linguistic Survey of India. A Summary. Part I. Hoshiarpur.
- Werlen, Iwar (1997): Multikultur und Bildung in Europa. In: Cristina Allemand-Ghionda (Hg.): Multikultur und Bildung in Europa. Bern, S. 299-310.
- Widmer, Jean/Coray Renata/Acklin Muji, Dunya/Godel, Eric (2004): Die Schweizer Sprachenvielfalt im öffentlichen Diskurs. La diversité des langues en Suisse dans le débat public. Bern/Berlin/Bruxelles.